

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.06.2022

Inhalt

EWN

1 Weniger Arbeitslose in MV <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.06.2022</i>	3
2 Wohin mit dem Atommüll? <i>Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt, 31.05.2022</i>	4
3 Union und FDP verlangen längere AKW-Laufzeiten <i>DER TAGESSPIEGEL, 01.06.2022</i>	5
4 Mini-Kernkraftwerke hinterlassen mehr radioaktiven Abfall <i>Welt.de, 31.05.2022</i>	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.06.2022 | S. 10

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Iris Leithold

Weniger Arbeitslose in MV

Frühjahrsbelegung und Tourismus-Saisonstart sorgen für Personalnachfrage

Inflation, Ukraine-Krieg und gestörte Lieferketten können dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern bisher nichts anhaben. Die Frühjahrsbelegung und der erste Tourismus-Saisonstart ohne Corona-Beschränkungen seit zwei Jahren sorgen für eine hohe Arbeitskräftenachfrage, wie die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit am Dienstag bekanntgab. Die Zahl der Erwerbslosen sank demnach im zurückliegenden Monat weiter und erreichte mit 54 800 den niedrigsten Stand in einem Mai seit der Wiedervereinigung. Die Quote sank von 6,9 Prozent im April auf 6,7 Prozent. Vor einem Jahr betrug sie in MV 8,1 Prozent.

Allerdings sichere auch Kurzarbeit noch immer Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern, räumte die Chefin der Regionaldirektion, Margit Haupt-Koopmann, ein. Im Februar waren den vorliegenden Zahlen zufolge 19 500 Beschäftigte in 3200 Betrieben davon betroffen.

Haupt-Koopmann meldete 7300 sozialversicherungspflichtige Jobs mehr in MV binnen Jahresfrist mit Stand März - ein Plus von 1,3 Prozent. Zuwächse habe es insbesondere im Gastgewerbe (plus 2300), im Gesundheits- und Sozialwesen (plus 2200), im Handel (plus 1000) sowie im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (plus 1000) gegeben. Branchen mit größeren Jobverlusten sind demnach die wirtschaftlichen Dienstleistungen (minus 1100) sowie die Metall- und Elektroindustrie (minus 800).

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) rechnet in den kommenden Monaten mit einer weiter wachsenden Nachfrage nach Personal in den Firmen. Die Be-

schäftigung werde weiter zunehmen, erklärte er. „Die Mobilisierung von Potenzialen für Arbeit und Beschäftigung ist drängendes Thema der Unternehmen im Land.“ Er legte den Unternehmen nahe, bei der Entlohnung Anreize zu schaffen. Auch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten seien gefragt. In seinem Ministerium werde unterdessen an einer Fachkräftestrategie für Mecklenburg-Vorpommern gearbeitet. Zu Wochenbeginn sei dazu ein rund 40-köpfiger Expertenbeirat eingerichtet worden. Die Mitglieder reichten von Vertretern der Bundesagentur für Arbeit, Unternehmensverbänden und Kammern über Gewerkschafter bis hin zu einzelnen Unternehmern.

Von den wiedergekehrten Jobmöglichkeiten nach dem Corona-Winter - etwa in der Gastronomie - profitieren der Regionaldirektion der Arbeitsagentur zufolge auch Langzeitarbeitslose. „Es ist besonders erfreulich, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 3900 oder 14,3 Prozent gegenüber dem Mai des Vorjahres gesunken ist“, so Haupt-Koopmann. Dennoch liege die Zahl der Langzeit-Erwerbslosen mit 23 300 noch um etwa 3300 über dem Mai-Wert von 2019, also vor der Pandemie.

Die an der Landesregierung beteiligte Linke forderte mehr Anstrengungen für Langzeitarbeitslose. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Henning Foerster, sieht dabei vor allem den Bund in der Pflicht. Die Instrumente des Teilhabechancengesetzes zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt seien seit Beginn des Jahres finanziell nicht mehr untersetzt. „Diese Finanzierungslücke muss von der Bundesregierung zügig geschlossen werden“, forderte Foerster.

📰 Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt | 31.05.2022 | S. 18

📄 Auflage: 4.256 | Reichweite: 16.310

Wohin mit dem Atommüll?

Informationsabend in der Prignitz zur Suche nach einem Endlager am 25. Juni

Am Samstag, 25. Juni, wird es in Groß Pankow am Sportplatz um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung geben. Thema ist die Suche nach einem Atommüllendlager und das damit verbundene Risiko für die Region im Norden Brandenburgs. Aus diesem Grund trägt die Veranstaltung den Titel „Atommüllendlager in der Prignitz“.

Die Einladung erfolgt durch die Bürgerinitiative „Wohin damit?“. Konkreter Anlass ist die laufende Suche nach einem geeigneten Standort für den Atommüll, die seit dem Jahr 2016 durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vorangetrieben wird, wie es in einer Erklärung der Bürgerinitiative heißt. Davon ist auch die Prignitz betroffen. Konkret scheinen mehrere Gebiete in der Region aufgrund der geologischen Eigenschaften als Standort für ein Atommüllendlager infrage zu kommen, heißt es weiter. Sie würden als möglicher zukünftiger Lagerplatz für die Dauer von einer Million Jahren geprüft.

In einem mehrstufigen Verfahren soll sich aus al-

len potenziellen Gebieten in der Bundesrepublik ein Standort herauskristallisieren. Bis zum Jahr 2050 soll schließlich die nötige Infrastruktur an eben diesem Ort errichtet worden sein, um in den folgenden Jahrzehnten den angefallenen Atommüll einzulagern. Bei der Informationsveranstaltung soll es um die Frage gehen, welche gesundheitlichen, ökologischen, regionalpolitischen, ökonomischen und infrastrukturellen Folgen ein solches Endlager für die Region hätte. Die Veranstaltung möchte die Möglichkeit bieten zu informieren, über das Thema ins Gespräch zu kommen, sich einzubringen und zu vernetzen.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Wohin damit?“ zeichnet die Gemeinde Groß Pankow für die Organisation verantwortlich. Es werden zwei Redner erwartet: Zum einen Wolfgang Ehmke, Atomkraftgegner und Publizist (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg) sowie Dagmar Dehmer, ihres Zeichens Mitarbeiterin der Bundesgesellschaft für Endlagerung. Die Moderation übernimmt Benjamin Voelkel von der Bürgerinitiative „Wohin damit?“.

 DER TAGESSPIEGEL | 01.06.2022 | S. 1

 Auflage: 104.156 | Reichweite: 351.593

 Felix Hackenbruch, Georg Ismar

Union und FDP verlangen längere AKW-Laufzeiten

Hoffnung auf dämpfenden Effekt bei Energiepreisen / Liberale fordern: Grüne müssen über ideologischen Schatten springen

Berlin - Wegen der enorm hohen Energiepreise fordern CDU/CSU und die FDP, die Laufzeiten der letzten drei deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. CDU-Chef Friedrich Merz warnte beim Wirtschaftsrat seiner Partei, die Energieversorgung Deutschlands sei gefährdet. „Wir haben uns zu viel mit Aussteigen und Abschalten beschäftigt. Es muss doch nachdenklich machen, dass uns seit zehn Jahren kein Land der Welt auf diesem Weg folgen will“, sagte Merz. Er forderte, die verbliebenen drei Atomkraftwerke länger laufen zu lassen und nicht das zu tun, was nur eine „grüne Minderheit“ wolle.

Auch in der FDP wächst nach parteiinterner Kritik, den Grünen in der Ampel-Koalition zu wenig Paroli zu bieten, der Druck, dass Parteichef Christian Lindner das Thema gemäß einem Parteitagsbeschluss vom April in der Regierung forcieren soll. Der niedersächsische FDP-Chef und Ex-Energieminister Stefan Birkner fordert sofortige Gespräche über eine Verlängerung der Laufzeiten: „Wir müssen jetzt diese Debatte führen, es kann nicht sein, dass das vom Bundeswirtschaftsministerium ohne stichhaltige Argumente abgelehnt wird“, sagte Birkner dem Tagesspiegel: „Das halte ich für verantwortungslos, gerade mit Blick auf die Gaspreisentwicklung.“ Zuletzt seien pro Jahr immerhin 89 Terawattstunden besonders teurer Strom in Gaskraftwerken produziert worden. Nun treibe der russische Krieg die Preise nach oben. „Mit einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke würde ein starkes preisdämpfendes Signal gesendet“, betont Birkner. „Damit würde man die Stromerzeugung in Gaskraftwerken wieder reduzieren und automatisch den Preis dämpfen.“ Birkner sagte, es sei „ehrlich gesagt ziemlich widersinnig, eine intakte, funktionierende Anlage vom Netz zu nehmen in der aktuellen Situation“. Es gehe nicht um den Wiedereinstieg in die Kernenergie, sondern um die kurzfristige Reaktion auf eine Krise: „Und da müssen die Grünen auch mal über ihren Schatten springen und Ideologie mal beiseitelassen.“ Auch der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Konstantin Kuhle,

sagte dem Tagesspiegel, er schließe sich Birkners Forderung „vollumfänglich“ an.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erneuerte beim „Wirtschaftstag“ des CDU-Wirtschaftsrats seine ablehnende Haltung. Zur französischen Energiepolitik, die zu großen Teilen auf klimafreundliche Atomkraftwerke setzt, sagte er: „Ob das die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft langfristig steigert, da habe ich meine Zweifel.“ Im März hatten Habecks Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium von Steffi Lemke (Grüne), das zuständig für die nukleare Sicherheit ist, die Möglichkeiten geprüft, die Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen. Ergebnis war, „dass eine Verlängerung der Laufzeiten nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnte und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten, verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken“. Zudem fehlten Brennstäbe und eine langwierige Sicherheitsprüfung würde notwendig. Birkner hält die Gründe für vorgeschoben: „Was ich wahrnehme, ist: Es wäre machbar, wenn der politische Wille da ist.“ Er habe den Eindruck, dass Habeck und Lemke „ein bisschen auf Zeit spielen“, bis das Abschalten nicht mehr stoppen sei.

Die Energieversorger bräuchten mindestens ein halbes Jahr Vorlaufzeit, auch um Kernbrennstoff zu bestellen. Auch neue Sicherheitsüberprüfungen bräuchten Zeit. In Betrieb sind noch die Kernkraftwerke Emsland (Niedersachsen), Isar 2 (Bayern) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg), sie gelten mit als die sichersten weltweit. Planmäßig würden sie Ende 2022 abgeschaltet.

Habeck hat mehrere Braun- und Steinkohlekraftwerke, die eigentlich vom Netz gehen sollten, angewiesen, nur in den Reservemodus zu wechseln. Sie werden nun zwar heruntergefahren, ihre Belegschaften aber weiter bezahlt. Sie können so die Anlagen innerhalb weniger Stunden in Betrieb nehmen. Aus Klimaschutzgründen ist das aber eine fragwürdige Alternative.

Welt.de | 31.05.2022 | S. Online 31.05.2022 14:26 Uhr

Stefan Parsch

WEBLINK

ATOMKRAFT

Mini-Kernkraftwerke hinterlassen mehr radioaktiven Abfall

Kleine Reaktoren sollen sicherer und günstiger sein als große Anlagen. Aber auch bei ihrer Nutzung entsteht Atommüll - und zwar mit Bezug auf die erbrachte Leistung nicht gerade wenig, wie eine aktuelle Untersuchung zeigt.

Kleine Atomreaktoren können deutlich mehr radioaktive Abfälle pro erzeugter Energiemenge verursachen als große. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie, in der Forscher die Betriebsweise und den Lebenszyklus von drei Reaktortypen analysiert haben. Kleine Atomreaktoren werden immer wieder als Ergänzung oder Alternative zu erneuerbaren Energien als Maßnahme gegen den Klimawandel ins Gespräch gebracht. Die Studie der Gruppe um Lindsay Krall von der Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Company in Solna (Schweden) ist im Fachmagazin "Proceedings of the National Academy of Sciences" ("PNAS") erschienen.

"Kleine modulare Reaktoren, die als die Zukunft der Kernenergie vorgeschlagen werden, haben angeblich Kosten- und Sicherheitsvorteile gegenüber bestehenden Leichtwasserreaktoren im Gigawatt-Maßstab", schreiben die Forscher. Allerdings hätten nur wenige Studien die Handhabung und Entsorgung ihrer nuklearen Abfallströme analysiert. Das Team um Krall untersuchte nun anhand von Lizenz- und Patentunterlagen kleinerer Reaktoren, welche Art und welche Menge radioaktiver Abfälle beim Betrieb und bei der Stilllegung entstehen.

Als Vergleichsmaßstab verwendeten die Wissenschaftler einen Druckwasserreaktor, den häufigsten kommerziellen Reaktortyp, mit einer elektrischen Leistung von 1100 Megawatt (1,1 Gigawatt). Bei den betrachteten kleineren Reaktoren handelte es sich um einen integrierten Druckwasserreaktor, einen Schnellen Brüter mit Natrium als Kühlmittel und um einen Flüssigsalzreaktor. Sie sollen überwiegend als kleinere Einheiten gebaut und dann zu größeren Anlagen zusammengesaltet werden. Beim integrierten Druckwasserreaktor sind etwa zwölf solcher Einheiten in einem gemein-

samen Reaktorbecken geplant.

Schnelle Neutronen (Kernteilchen) lösen die Spaltungskettenreaktion aus, die zur Energiegewinnung in Atomreaktoren genutzt wird. Bei kleineren Reaktoren muss mehr Aufwand betrieben werden, um diese schnellen Neutronen von der Umgebung abzuschirmen: Während bei einem großen Druckwasserreaktor (3400 Megawatt Wärmeenergie) weniger als drei Prozent der freien Neutronen entweichen, sind es bei einem integrierten Druckwasserreaktor (160 Megawatt Wärmeenergie) mehr als sieben Prozent, berichten die Forscher. Entsprechend größer ist der Aufwand, der zur Abschirmung betrieben werden muss, und entsprechend größer die Menge radioaktiven Abfalls, die entsteht.

Mehr Müll bei kleineren Reaktortypen

Die Forscher errechneten den radioaktiven Abfall der verschiedenen Reaktortypen im Verhältnis zur erzeugten Wärmeenergie. Der Müll beträgt beim herkömmlichen großen Druckwasserreaktor jährlich etwa fünf Kubikmeter pro Gigawatt Wärmeleistung.

Beim integrierten Druckwasserreaktor ist die Menge etwa 2,5 Mal so groß, beim Flüssigsalzreaktor (400 Megawatt) etwa fünfmal so groß. Wegen der großen Mengen an anfallendem Kühlmittel (Natrium) ist die Menge radioaktiven Mülls beim Schnellen Brüter sogar 30 Mal größer.

Kritisch sehen die Wissenschaftler außerdem, dass der Abbrand der Brennstäbe bei den kleinen Reaktoren geringer ist als bei den großen. Dadurch sind in den Brennstoffresten mehr radioaktive Isotope konzentriert als beim herkömmlichen Druckwasserreaktor.

Es besteht deshalb eher die Gefahr, dass die kritische Masse für eine erneute nukleare Kettenreaktion im Abfall erreicht wird. Entsprechend müssten neue Behälter für die Endlagerung entwickelt oder die vorhandenen Behälter mit weniger radioaktivem Abfall befüllt werden.

”Zukünftige Studien sollten sich mit der Frage befas-

sen, ob eine sichere Zwischenlagerung von Abfallströmen aus kleinen modularen Reaktoren im Zusammenhang mit einer anhaltenden Verzögerung bei der Entwicklung eines geologischen Endlagers in den USA glaubwürdig ist”, schreiben die Forscher mit Blick auf die Situation in den Vereinigten Staaten, wo das Interesse an den Kleinreaktoren groß ist.